

Politik auf den Punkt gebracht

Hermann Färber MdB informiert

Ausgabe 2015/20 - 13. September 2015

Bundeshaushalt
Flüchtlingskrise
Zusammentreffen mit
Kardinal Marx
Kinofilm „Sauacker“
Terminhinweis

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche fand die erste Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause statt. In dieser Ausgabe meines Newsletters möchte Sie vorwiegend über das zentrale Thema informieren, das uns derzeit alle beschäftigt – die Bewältigung des enormen Flüchtlingszustroms.

Mir ist bewusst, dass viele Menschen bei diesem Thema Ängste und Sorgen haben. Sowohl ich als auch meine Abgeordnetenkollegen nehmen diese Ängste wahr und sehen die großen Herausforderungen, die auf uns zu kommen. Außerdem setzen wir uns auch mit Bedenken auseinander, die ebenso frei diskutiert werden sollten wie positive Aspekte. Denn nicht jeder, der sich kritisch äußert, ist automatisch fremdenfeindlich. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, das für alle Themen gelten muss.

Bundeshaushalt

Wie schon alle Nachrichtensendungen, so war auch die Haushaltsdebatte im Bundestag geprägt von der großen Herausforderung vor der wir in der Flüchtlingsfrage stehen. Deshalb heute zum Haushalt nur so viel: Deutschland steht blendend da, wir haben so hohe Steuereinnahmen wie noch nie in unserer Geschichte. Deshalb können wir die finanzielle Dimension der Flüchtlingskrise auch lösen, ohne in anderen Bereichen Abstriche zu machen. Wir erhöhen deutlich die Investitionen (unser Kreis profitiert durch den Baubeginn der B10 davon), wir halten an der schwarzen Null fest und wir brauchen dazu keine Steuererhöhungen – ein großer Erfolg unseres Bundesfinanzministers. Dazu mehr, wenn wir den Haushalt im November endgültig beschließen.

Flüchtlingskrise

Die CDU/CSU-Koalition hat in der aktuellen Flüchtlingskrise wichtige Beschlüsse gefasst, die wir jetzt auf Bundesebene, gemeinsam mit Ländern und Kommunen und in der Europäischen Union umsetzen werden. Grundsätzlich geht es um **drei Komplexe**:

- **Unterbringung, Versorgung und schnelle Integration** von Flüchtlingen, die ein realistisches Bleiberecht in Deutschland haben
- **Schnelle Entscheidung** bei Flüchtlingen, die kein Asylrecht in Deutschland haben und bei Antragsablehnung auch konsequente, schnelle Abschiebung, Verminderung von Anreizen

für Wirtschaftsflüchtlinge

- **viel bessere Koordination der Europäischen Flüchtlingspolitik**

Ich will im Folgenden auf einige spezielle Punkte eingehen, auf die ich persönlich und schriftlich besonders häufig angesprochen wurde:

Wie viele Flüchtlinge werden kommen? Es wäre unseriös von mir, jetzt hier eine konkrete Zahl zu nennen. Viele in sozialen Netzwerken herumgeisternde Schreckensszenarien, halb Afrika würde sich auf den Weg nach Europa machen, sind völlig haltlos. Aus Afrika kommen nur sehr wenige Asylbewerber nach Deutschland und hier vor allem aus Eritrea. Dabei liegt die Anerkennungsquote bei über 75 %. Derzeit kommen die meisten Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und Irak einerseits, also aus echten Krisengebieten mit entsprechend hohen Anerkennungsquoten, und aus den Ländern des westlichen Balkan andererseits, mit sehr geringen Anerkennungsquoten, wo in der Tat politischer Handlungsbedarf besteht.

Lassen Sie mich ganz klar sagen: Wir sind nicht naiv. Wir sind uns völlig im Klaren darüber, dass Deutschland keine unbegrenzte Aufnahmekapazität hat. Das ist aber auch gar nicht die Frage. Die aktuelle Frage ist, ob wir in der Lage sind, die Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen, die derzeit kommen. Und trotz der akuten organisatorischen Probleme sind wir politisch zu der Entscheidung gekommen: Ja, das schaffen wir. Das wird nicht einfach, es kostet Geld und Anstrengung, aber es geht. Ich finde, die Bundeskanzlerin hat dazu eine sehr ermutigende Rede im Bundestag gehalten.

Das ist die eine Seite, die andere Seite ist, dass wir mehr **europäische Solidarität** brauchen. Daran arbeitet die Regierung und gibt auch erste Anzeichen, dass einzelne Staaten ihr bisheriges Verhalten überdenken. Ich halte es immer noch für möglich, dass es hier Fortschritte geben wird.

Die **Staaten des westlichen Balkan müssen zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden**. Alle diese Länder erhalten bereits seit Jahren hohe finanzielle und technische Hilfen von der Europäischen Union, um ihre Probleme zu lösen. So unterstützt die EU beispielsweise auch Integrationsprogramme für Roma, die einen großen Teil der Balkan-Flüchtlinge ausmachen. Von diesen Ländern kann und muss deshalb verlangt werden, dass sie ihre Probleme nicht exportieren. Hier ist auch eine konsequente Abschiebep Praxis durch die dafür zuständigen Bundesländer einzufordern.

Es gibt Anzeichen dafür, dass einige unserer Verfahrensregeln Anreize für Flüchtlinge setzen zu uns zu kommen, obwohl sie keine Chance auf Anerkennung haben. Dazu gehört wohl auch die Bargeldauszahlung statt **Sachleistungen**. Das Verfahren hat in Jahren mit geringeren Flüchtlingszahlen gut funktioniert, stößt aber nun an seine Grenzen. Deshalb wollen wir das ändern und für Flüchtlinge über deren Status noch nicht entschieden ist, vorwiegend auf Sachleistungen zurückgreifen, auch wenn das für die Organisation einen etwas höheren Aufwand bedeutet.

Integration in den Arbeitsmarkt: Wir müssen realistisch davon ausgehen, dass sich z.B. die Lage in Syrien auf Jahre hinaus nicht deutlich verbessern wird. Es liegt also in unserem

eigenen Interesse, auch Flüchtlinge so in unsere Gesellschaft zu integrieren, dass sie selber für sich aufkommen können. Ich gebe offen zu, dass wird nicht einfach sein. Nur sehr, sehr wenige können sofort in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden, die allermeisten werden zunächst Sprachunterricht brauchen, bei einigen wird es auch trotz aller Bemühungen nicht für eine erfolgreiche Arbeitsaufnahme reichen. Aber wir haben ja auch in einigen Bereichen, und zwar nicht nur bei Hochqualifizierten, einen Bewerbermangel, etwa bei Ausbildungsplätzen im Handwerk oder im Pflegebereich. Hier liegen meiner Ansicht nach große Chancen. Denn es ist natürlich richtig, dass bei der Prüfung des Asylgrundes nur die Schutzbedürftigkeit geprüft wird und nicht die Integrationsfähigkeit, aber ich halte es in keiner Weise für ehrenrührig, wenn unser Land letztlich von gut integrierten Flüchtlingen auch ein Stück weit profitiert. Ich halte das für möglich, denn wir haben aus den Fehlern der 60er Jahre gelernt, dass Integration von Anfang an die höchste Priorität haben muss.

Kriminalität: Es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass Asylbewerber in irgendeiner Weise krimineller wären als andere. Aber es gibt natürlich Situationen, in denen Menschen eher zu kriminellen Handlungen tendieren. Dass z.B. in einem überfüllten Heim, wo teilweise traumatisierte Menschen untergebracht wird und wo die Menschen in der belastenden Unsicherheit leben, ob sie hier bleiben können, eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für Handgreiflichkeiten besteht, scheint mir nachvollziehbar. Das ist natürlich keine Entschuldigung für Straftaten und selbstverständlich gelten für Asylbewerber in unserem Land die gleichen Regeln wie für alle anderen. Das wollen wir auch durchsetzen. Aber auch hier liegt es in unserem eigenen Interesse, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Dazu gehören vor allem eine **möglichst schnelle dezentrale Unterbringung** und ein **möglichst schneller Beginn von Deutschunterricht und Integrationskursen**. Mit solchen konkreten Maßnahmen erreichen wir viel mehr als mit pauschalen Schuldzuweisungen. Vor allem wäre es für mich nicht tragbar, die große Mehrheit von Flüchtlingen, die sich ordentlich verhält, für das Fehlverhalten von Einzelnen haftbar zu machen.

Teilweise höre ich den Vorwurf, Politiker würden die Probleme verschweigen und nur über die positiven Seiten der Flüchtlingsproblematik reden. Ich halte diesen Vorwurf so pauschal nicht für gerechtfertigt, aber es gibt durchaus einen wahren Kern. Denn es geht vielen meiner Kollegen so wie mir auch: Niemand von uns will irgendetwas von sich geben, was rassistische Gewalttäter als Rechtfertigung verstehen könnten. Deshalb überlege auch ich mir immer sehr gut, wie ich zu diesem Thema formuliere. Denn eins ist für mich fundamental: Selbstverständlich ist Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik legitim und sogar für eine öffentliche Debatte notwendig. Sie findet aber ihre moralische und rechtliche Grenze da, wo Menschen pauschal beleidigt, bedroht oder gar verletzt oder getötet werden. Und auch Kritiker am Asylrecht müssen damit leben, dass wiederum ihre Meinung kritisiert wird. Das **Recht auf freie Meinungsäußerung heißt ja eben nicht Recht auf Meinungsäußerung ohne Gegenkritik**.

Ich habe mich bewusst für das politische Engagement in einer christlichen Partei entschieden. Mir sind die **Werte des Christentums und der Aufklärung**, die den Kernbestandteil unserer Kultur ausmachen sehr wichtig und ich setze mich für Ihre Bewahrung ein. Deshalb stehe ich auch zu dem ganz zentralen christlichen Wert der Sorge um Flüchtlinge. Deshalb zum Schluss **mein großer Dank an die vielen freiwilligen Helfer**

auch in unserem Kreis, die diesem christlichen Wert in vorbildlicher Weise gerecht werden.

Es gibt zu dem Thema noch viel mehr zu sagen, vor allem über die Unterstützung der Länder und Kommunen durch den Bund. Hier werden die Details gerade ausgearbeitet, deshalb dazu später ausführlichere Informationen.

Zusammentreffen mit Kardinal Marx



Beim St. Michael-Jahresempfang in Berlin traf ich diese Woche den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx und den Göppinger Kreisbeauftragten sowie Vizepräsidenten der Malteser in Deutschland, Edmund Baur. Der Abend stand unter dem Thema „Beten – Denken – Arbeiten: Eine Ermutigung zur Politik“ und stellte den christlichen Aspekt der Flüchtlingshilfe ins Zentrum.

Kinofilm „Sauacker“



Eine sehenswerte Dokumentation über die täglichen Sorgen in der Landwirtschaft konnten Kinobesucher letzten Sonntag im Gloria Kino Center in Geislingen sehen. Der Filmmacher Tobias Müller gewährt durch seinem Film „Sauacker – Zwischen zwei Generationen auf einem schwäbischen Bauernhof“ einen interessanten Einblick in diese Thematik.

Terminhinweis

Am Freitag, 18. September 2015 findet von 14.00 bis 18.00 Uhr eine Bürgersprechstunde in meinem Wahlkreisbüro statt. Weitere Informationen dazu erhalten Sie [hier](#). Eine Anfahrtsbeschreibung finden Sie [hier](#).

Den kompletten Newsletter finden Sie auch nochmals hier:



Beste Grüße

Ihr Hermann Färber



Hermann Färber

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Sülzen | 07162 3057057 | hermann.farber@bundestag.de